

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 16. Mai 2011**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

12. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.05 Uhr

Ende der Sitzung: 17.02 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 11. Sitzung des Gemeinderates vom 28.03.2011 liegt zur Einsichtnahme auf.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Peter Koits

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Silvia Huber

Gemeinderäte:

Hannelore Aigner

Klaus Hoflehner

Rupert Leitner

Johann Reindl-Schwaighofer

Mag. Sabine Brenner

Mag. Bernhard Humer

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Raimund Buttinger

Ernst Kirchmayr

Barbara Wildfellner

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Dr. Andreas Rabl

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Margarete Josseck-Herd

Mag. Georg Parzmayr

Manfred Wiesinger

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Mag. Günter Lehner

Christa Raggl-Mühlberger

Heribert Helm

Dietmar Marehard

Egon Schatzmann

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

3. Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

Dr. Peter Csar

Brigitte Wartinger

Walter Zaunmüller

Stefan Haböck

Markus Wiesinger

Herbert Pernkopf

Augustine Zittmayr-Hacker

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Andrea Bauer

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Prof. Mag. Walter Teubl

Vom Magistrat:

MD OSenR. Dr. Karl Schweiger
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schritfführer:

W.OAR. Johann Höpfl

Beate Wiesinger

Entschuldigt:

Vzbgm. Dr. Bernhard Wieser (FPÖ)

GR. Mag. Petra Lipp (SPÖ)

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 10.05.2011 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Anfrage von GR. Dipl.-Ing. Renate Leitinger an Bgm. Dr. Peter Koits betreffend Umsetzung des Projektteils „Footprint Wels“ im Rahmen des Projekts „EnergieStadt Wels“:

Bgm. Dr. Koits: Frau Gemeinderätin Dipl.-Ing. Leitinger hat an mich eine Anfrage betreffend das Projekt „EnergieStadt Wels“ gerichtet, in welchem der Projektteil „Ökologischer Fußabdruck“ vorgesehen ist.

Frau Dipl.-Ing. Renate Leitinger stellt fest und fragt:

„Seit zwei Jahren wird an diesem Projektteil gearbeitet. Ergebnisse dazu sind bis jetzt nicht bekannt.

Daher möchten wir von Ihnen wissen,

- welche Aktivitäten gab es zur Umsetzung des Projekts „Footprint Wels“ in den letzten zwei Jahren?
- was ist weiter geplant und mit welchem Zeithorizont?
- wie hoch sind die für das Projekt vorgesehenen Mittel?
- gibt es ausreichend personelle Reserven beim Magistrat Wels zur Umsetzung des Projekts?“

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

1. Der „ökologische Fußabdruck“ der Welserinnen und Welser wurde Ende 2010 mit Unterstützung von „Klimabündnis Oberösterreich“ und der „Plattform Footprint“ berechnet. Zum Ergebnis und den Daten gibt es eine Powerpoint-Präsentation, die angefordert werden kann. Ansprechpartner ist Herr Dipl.-Ing. Ingo Fellingner.
2. Als nächster Schritt ist die Erstellung eines Maßnahmenkataloges geplant. Hier gibt es Vorschläge für die Welser Bürgerinnen und Bürger, für Welser Betriebe und konkret für den Magistrat der Stadt Wels sowie für die Tochterbetriebe der Stadt Wels. Die Berechnung des „ökologischen Fußabdrucks“ soll in die neue Homepage der

Energierregion Wels implementiert werden. Damit können konkrete regionale Angebote vorgelegt werden. Weiters kann der Einsatz von Fördermitteln evaluiert werden. Wichtig ist die Sammlung von prüfbar und evaluierbaren Daten.

3. Für einen ersten Schritt – Datenerhebung – wären 30.000 Euro vorgesehen und die Erstellung des Maßnahmenkataloges soll in Höhe von weiteren 30.000 Euro umgehend beauftragt werden. Darüber hinaus stehen im Projekt noch 100.000 Euro zur Verfügung, die zum Teil auch für die Bereiche Wohnen und Mobilität Verbesserungen bringen sollen und somit auch für den „ökologischen Fußabdruck“ relevant sind.
4. Für den ersten Schritt wurden die Tätigkeiten ausgelagert und vom Oö. Klimabündnis übernommen. Die Erstellung des Maßnahmenkataloges unter Berücksichtigung des Fußabdrucks in der neuen Homepage soll ebenfalls beim Klimabündnis beauftragt werden. Für die Organisation und die umfassende Abwicklung von Maßnahmen steht nach derzeitigem Stand kein internes Personal zur Verfügung.

In Zusammenhang mit dieser Anfrage darf ich sie darauf hinweisen, dass es morgen Vormittag, um 8 Uhr, eine Sitzung der Fraktionsvorsitzenden gibt, bei welcher das Projekt „EnergieStadt“, eingeschlossen der „ökologische Fußabdruck“, vorgestellt wird. Das war den Fraktionsvorsitzenden schon seit einiger Zeit bekannt.

Vzbgm. Wimmer dankt für diese Anfragebeantwortung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Mitteilung des Bürgermeisters

Darlehen zum Bau von Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen; Änderung der Rückzahlungskonditionen:

Bgm. Dr. Koits: Die Oö. Landesregierung ersucht um Verlautbarung folgender Thematik:

„Der zins- und tilgungsfreie Zeitraum jener Investitionsdarlehen und Bedarfszuweisungen, die zum Bau von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen gewährt wurden, wird für die Darlehen, die vor dem Inkrafttreten der Landesförderungsrichtlinien 1994 gewährt wurden, in Abänderung der bezüglichen Beschlüsse verlängert. Der zins- und tilgungsfreie Zeitraum jener Investitionsdarlehen und Bedarfszuweisungen, die nach der Verlautbarung der Landesförderungsrichtlinien für die Siedlungswasserwirtschaft des Jahres 1994 gewährt wurden, wird ebenfalls bis zum 31.12.2013 verlängert. Hiervon ausgenommen sind jene Darlehen von Gemeinden und Wasserverbänden, bei denen Verträge gemäß § 18 Wasserbautenförderungsgesetz 1985 abgeschlossen wurden. Die sonstigen Bestandteile der bezüglichen Beschlüsse bleiben wie bisher unverändert aufrecht.“

Somit bin ich jetzt diesem Ersuchen seitens der Landesregierung nachgekommen.

Aktuelle Stunde

Bgm. Dr. Koits: Zur „Aktuellen Stunde“ darf ich sie informieren, dass kein Themenvorschlag einlangte.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Verlegung der Herzchirurgie aus dem Klinikum Wels-Grieskirchen nach Linz (Resolution an den Lenkungsausschuss zur Spitalsreform II):

Bgm. Dr. Koits verliest sowohl den als Anlage 1 beigefügten Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion als auch den als Anlage 2 beigefügten Abänderungsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion und stellt anschließend fest, dass es zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages keine Wortmeldung gibt.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Der Bürgermeister stellt fest, dass aufgrund der Zuerkennung der Dringlichkeit der entsprechende Sachantrag samt Abänderungsantrag am Ende der Tagesordnung in Verhandlung genommen wird.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

1.)

Ankauf eines LKW's mit Allradantrieb, Kippaufbau, Schneepflug und Streugerät;
Auftragsvergabe
SB-Fu-333-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss am 28.04.2011:

Der Auftrag zur Lieferung eines Zweiachs-LKW's mit Allradantrieb 4x4, Kippaufbau, Schneepflug und Streugerät gemäß Angebot vom 18.04.2011 in der Höhe von € 202.164,-- inkl. MWSt. ist im Wege der BBG an die Fa. MAN Nutzfahrzeuge Vertrieb Süd AG, MAN-Straße 1, 2333 Leopoldsdorf, zu erteilen.

Einstimmig angenommen.

2.)

Ankauf eines Baggers;
Auftragsvergabe
SB-Fu-338-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss am 28.04.2011:

Die Lieferung eines Mobilbaggers TB175WV wird zu den Bedingungen und dem Preis des Angebotes vom 23.03.2011 um den Bruttobetrag von € 98.772,- an die Firma Huppenkothen Baumaschinen GmbH & Co KG, Bundesstraße 117, 6923 Lauterach, vergeben.

Einstimmig angenommen.

3.)

Ankauf eines Mähtraktors;
Auftragsvergabe
SB-Fu-339-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss am 28.04.2011:

Die Lieferung eines Mähtraktors der Marke Kubota STV40 HD wird zu den Bedingungen und dem Preis des Angebotes vom 19.04.2011 um den Nettobetrag von € 56.863,60 an die Firma Esch-Technik, Maschinenhandel GmbH, Vertriebszentrum West, A.-Schweitzer-Str. 4, 4614 Marchtrenk, vergeben.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

4.)

Rechnungsabschluss der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2010;
Genehmigung
FD-Buch-15-2010, miterledigt:
FD-Fin-101-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 14.04.2011, im Kontrollausschuss am 27.04.2011 und im Stadtsenat am 28.04.2011:

Der Rechnungsabschluss der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2010 (Anlagen 3 u. 4) wird genehmigt.

Vzbgm. Wimmer: Ich darf formell bekannt geben, dass dieser Rechnungsabschluss auch öffentlich zur Einsichtnahme auflag. In dieser Zeit der Auflage hat es von niemandem irgendwelche Einwände oder Stellungnahmen gegeben.

Im Finanzausschuss und im Stadtsenat wurde der Rechnungsabschluss jeweils einstimmig diskutiert bzw. angenommen, ich darf mir aber doch noch erlauben, auf einige Stellen kurz einzugehen.

Grundsätzlich war es so, dass das Haushaltsjahr 2010 entgegen den Erwartungen, die wir alle bei unseren Diskussionen im Jahr 2009 noch hatten, besser und erfreulicher als angenommen verlief. Das heißt allerdings nicht, dass die Einflüsse aus der Finanz- und Wirtschaftskrise bereits vorbei sind bzw. diese für unsere Stadt nicht mehr zu nachteiligen Folgen führen können, nur meine ich, dass es Anzeichen in Richtung Aufwärtsentwicklung gibt. Es sind das Anzeichen, die von der nationalen Wirtschaft kommen, aber auch Anzeichen, die sich ausschließlich auf Maßnahmen in unserer Stadt beziehen, auf Maßnahmen, die wir diskutiert und beschlossen haben.

Ich darf daran erinnern, dass das Jahr 2010 mit einer Art Schocktherapie von mir eingeleitet wurde, nämlich mit einer 25-prozentigen Haushaltssperre, die nicht überall auf breiteste Zustimmung gestoßen ist. Der Gemeinderat hat dann einige Zeit später diese Haushaltssperre auf 10 Prozent korrigiert. Und parallel dazu haben Diskussionen über das "Reformprogramm 2010+" sehr intensiv eingesetzt. Sie haben einerseits sehr intensiv innerhalb des Stadtsenates eingesetzt, andererseits innerhalb der Kolleginnen und Kollegen des Magistrates Wels. Ich meine, dass diese zwei Faktoren ganz entscheidend für den einen Teil des Erfolges im Haushaltsjahr 2010 waren, nämlich jenem auf der Ausgabenseite. Wir liegen nämlich auf der Ausgabenseite um über 4 Mio. Euro unter den Planwerten, andererseits liegen wir bei den Einnahmen um über 4 Mio. Euro über den Planwerten. Das sind auf beiden Seiten sehr erfreuliche Faktoren.

Gerade die Ausgabenseite hat uns gezeigt, dass bei Ergreifung entsprechender Maßnahmen – es haben ja sowohl unter den Mitgliedern des Stadtsenates als auch in den Abteilungsleiterbesprechungen die notwendigen Diskussionen stattgefunden – doch die erhoffte Wirkung erzielt werden kann. Letztlich haben alle an einem Strang gezogen bzw. den Ernst der Lage erkannt und beim täglichen Vollzug des Budgets die notwendige Spargesinnung eingebracht. Dafür möchte ich mich heute bei allen Kolleginnen und Kollegen des Stadtsenates und bei der Führungsmannschaft des Hauses Magistrat sehr herzlich bedanken.

Natürlich war auch die Besserung der Einnahmenseite ein wesentlicher Faktor. Die Bundesertragsanteile, die ich ja bei Behandlung des Voranschlages oder des Rechnungsabschlusses immer anspreche, liegen noch immer unter den Ergebnissen der Jahre 2007 und 2008, allerdings konnten die Planwerte für das Jahr 2010 schon überschritten werden, nämlich um über 2 Mio. Euro.

Und der zweite wesentliche Faktor in diesem Zusammenhang stellt die Wirtschaft in unserer Stadt dar. Die Wirtschaft in unserer Stadt brachte uns von 2009 auf 2010 ein Kommunalsteuerplus von 3,2 Prozent oder von knapp 1 Mio. Euro. Ich bedanke mich bei allen Unternehmern, aber auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Welser Unternehmungen, die im Jahr 2010 nicht nur eine hervorragende Arbeitsleistung erbrachten, sondern auch dazu beitrugen, dass die Kommunalsteuer in beträchtlicher Höhe an die Stadt abgeliefert werden konnte. Nur wenn entsprechende Einnahmen vorhanden sind, können wir unsere vielfältigen Aufgaben im Sozial-, im Kultur-, im Sport- und vielen anderen Bereichen erfüllen.

Ein weiterer wichtiger Faktor für den insgesamt doch recht positiven Ausgang war in der Personalpolitik zu sehen. Es ist dem Personalreferenten und Bürgermeister gelungen, durch verzögerte oder gar nicht stattgefundene Personalnachbesetzungen etwa im Fall von Pensionierungen oder bei sonstigem Ausscheiden von Mitarbeitern eine Einsparung von knapp 1 Mio. Euro gegenüber den geplanten Zahlen für das Jahr 2010 zu erreichen.

Wir mussten, wenn sie sich erinnern, manche Ermächtigung des Gemeinderates für das Jahr 2010 nicht in Anspruch nehmen, insbesondere nicht jene Ermächtigung, die vorsah, dass der Finanzreferent ein Darlehen in Höhe von 6,8 Mio. Euro sozusagen für den Worstcase, also für den eventuellen Abgang im ordentlichen Haushalt einsetzen kann. Dieser Fall ist erfreulicherweise nicht eingetreten und wir mussten solch ein Darlehen nicht in Anspruch nehmen. Wir konnten diese Ermächtigung in das laufende Jahr übertragen, nämlich in der Hoffnung, sie auch diesmal nicht nützen zu müssen.

Insbesondere freut es mich, was die Investitionstätigkeit betrifft, dass wir auch im Jahr 2010 ein außerordentlich hohes Maß an Investitionen tätigen konnten; es waren das über 21 Millionen. Wir mussten aber andererseits – auch hierfür gab es eine Ermächtigung des Gemeinderates – von möglichen Darlehen in Höhe von 41 Mio. Euro nur 15 Millionen in Anspruch nehmen. Dies deshalb, weil im Bereich der Finanzdirektion – ich danke an dieser Stelle dem Herrn Finanzdirektor und seinen Mitarbeitern – eine sehr sorgsame Zahlungspolitik bei Rechnungen bzw. Aufträgen betrieben wird, das heißt, es wird möglichst spät bezahlt, natürlich innerhalb der vorgegebenen Fristen. Und zweitens werden Maßnahmen, die nicht unbedingt gesetzt werden müssen, verschoben. Das erspart einerseits Darlehensaufnahmen, andererseits entsprechende Zinsleistungen im ordentlichen Haushalt.

Das bedeutet somit, dass die Gesamtverschuldung der Stadt Wels mit 31.12.2010 bei rund 34 Mio. Euro liegt, ein Wert – noch dazu wenn ich Vergleiche mit Städten ähnlicher Größenordnung wie Wels anstelle oder Vergleiche mit anderen oberösterreichischen Städten, umgelegt auf die jeweilige Bevölkerungszahl – der mich nicht mit Besorgnis erfüllt. Er ist nämlich, umgelegt auf die Bevölkerungsanzahl, einer der niedrigsten in ganz Österreich.

Wir haben natürlich – das ist nicht bei allen Gemeinden so – ausgelagerte Schulden in der Immo KG. Wir haben einiges über die Immo KG investiert, zum Beispiel die Förderung des Baus der HBLA in Wels, die Renovierung des Herminenhofes, die Errichtung der Volksschule Mauth, das heißt, diese Schulden sind extern angesiedelt. Deren Höhe liegt bei etwa 22 Millionen und selbst wenn ich diese konsolidierte Verschuldung betrachte, handelt es sich immer noch um Werte, die mich in keiner Art und Weise bedenklich stimmen.

Der Vollständigkeit halber darf ich noch erwähnen – nachdem das jetzt fallweise in den Medien kolportiert wird – dass wir keine SWAP-Geschäfte abgeschlossen haben und es laufen auch keine Cross-Border-Geschäfte. Vielmehr tätigen wir ganz solide Geschäfte mit oberösterreichischen Regionalbanken, das heißt, über diese laufen unsere Kredite bzw. Darlehen.

In Summe kann daher festgestellt werden, dass wir mit einem zwar nicht gewaltigen, aber sehr wohl erfreulichen Nettoüberschuss von 371.409 Euro das Jahr 2010 abgeschlossen haben, wobei hier Bindungen aus Vorjahresresten bereits abgezogen sind, das heißt, das ist jener Betrag, der tatsächlich als Überschuss vorhanden ist. Wozu noch zu sehen ist, dass externe Darlehen nicht in die Finanzierung des ordentlichen Haushalts einfließen mussten.

Ich bedanke mich bei allen Mitgliedern des Gemeinderates für das Mittragen dieser Finanzpolitik, die versucht, auf sehr soliden Beinen jene Aufgaben oder Angelegenheiten der Stadt Wels aufrecht zu halten, die notwendig sind bzw. wird dort, wo es notwendig erscheint, sehr wohl investiert, womit ja letztlich Impulse für die Wirtschaft verstanden sind bzw. für die Erhaltung oder Schaffung von Arbeitsplätzen in unserer Stadt.

Herzlichen Dank! Ich ersuche um Genehmigung dieses Rechnungsabschlusses.

Bgm. Dr. Koits: Ich stelle fest, dass zum Rechnungsabschluss keine Wortmeldungen vorliegen und merke an, dass dies eigentlich ein gutes Zeichen darstellt.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

5.)

Reiterbund Wels;
Errichtung einer neuen Reitanlage;
Gewährung eines Zuschusses für die Stromanbindung
SF-Sport-104-2011

Der Antrag lautet Vorberatung im Sportausschuss am 18.04.2011:

Der Reiterbund Wels erhält für die Stromanbindung einen Zuschuss in der Höhe von € 75.000,-.

50 % des vorgesehenen Subventionsbetrages sind ab sofort, der Restbetrag ist ab 01.08.2011 zur Auszahlung zu bringen.

Ein Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung ist vorzulegen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Stadträtin Silvia Huber

6.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Tarife für die Ferialaktion 2011 festgelegt werden (Tarifordnung – Ferialaktion 2011)
SF-J-123-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschuss am 03.05.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 5 beigefügte Tarifordnung für die Ferialaktion 2011 beschließen.

StR. Huber bringt vor, dass sie zu diesem Tagesordnungspunkt einen Zusatzantrag einbringen möchte und ersucht den Bürgermeister, diesen Antrag zur Kenntnis zu bringen.

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 6 beigefügten Zusatzantrag von StR. Huber und ersucht, diesen in die Beratungen einzubeziehen.

StR. Huber: Im Ausschuss wurde ja über die Ferialaktion beraten und es wurde einstimmig beschlossen, dem Gemeinderat das vorliegende Programm mit den angeführten Tarifen zur Annahme zu empfehlen.

Seitens der Sommerschule und seitens der Abteilung ist nun aber kurzfristig aufgetaucht, dass es gut wäre, in spezifischen Fächern wie Deutsch, Englisch und Mathematik noch ein bisschen mehr anzubieten als nur die Sommerschule um 30 Euro für eine Woche, also eine Sommerschule um 50 Euro für zwei Wochen. Damit soll also in diesen Hauptgegenständen ganz gezielt eine noch verstärkte Unterstützung angeboten werden und daher bitte ich darum, diesen Punkt noch zusätzlich in die Tarifordnung aufzunehmen.

Es ist vorgesehen, das Ferialprogramm Ende Mai an allen Schulen aufzulegen und es kann über Internet heruntergeladen werden. Die Anmeldung soll wieder bei der Dienststelle Jugend möglich sein. Ich danke für die Vorbereitung dieser Aktion und dafür, dass immer wieder versucht wird, neue Programmpunkte anzubieten. Aufgrund dieses Bemühens ist nach Rücksprache mit der Leiterin der Sommerschule auch noch ganz kurzfristig dieser eine Programmpunkt noch aufgetaucht. Ich bitte um Verständnis und verweise darauf, dass es sonst nicht meine Art ist, nachträglich noch etwas einzubringen. Wichtig ist aber jedenfalls, dass 50 Euro für zwei Wochen ein absolut gutes Angebot darstellen. Und daher ersuche ich um Beschlussfassung auch dieses Zusatzantrages.

GR. Wartinger: Da bei vielen Familien beide Elternteile berufstätig sein müssen, um sich den Lebensunterhalt erwirtschaften zu können, ist es besonders in den Sommerferien ein Problem mit der Kinderbetreuung. In Wels haben wir das Glück, dass es ein vielfältiges Angebot sowohl von der Stadt Wels als auch von privaten Vereinen gibt. Die Kurspalette ist vielfältig, wobei sich das Programm der Stadt Wels vor allem auf eintägige Veranstaltungen inklusive Betreuung spezialisiert. Andererseits gibt es aber auch Vereine wie die Kinderfreunde, die Feriencamps in der Dauer von ein bis zwei Wochen

anbieten oder auch den Familienbund, der eine wochenweise Betreuung inklusive Mittagessen anbietet; die Kurse dauern immer von 8 bis 14 Uhr.

Wie man sieht, ist in Wels in Punkto Ferienbetreuung für jeden etwas dabei. Der gravierende Unterschied besteht jedoch in der finanziellen Unterstützung der Vereine durch die Stadt Wels. Bezüglich Familienbund wurde die Förderung seit Jahren nicht erhöht, obwohl sich die Kurs- und Kinderanzahl in den letzten Jahren mehr als verdoppelte. Wir haben jetzt über 300 Kinder während vier Wochen in 30 Kursen; diese Kurse sind alle belegt. Hier wird beispielsweise im Rahmen von „Achtung Blaulicht“ auch das Ehrenamt dargestellt.

Und sieht man sich das Kursangebot der Stadt Wels an, ist festzustellen, dass man dort von einer kostendeckenden Preisgestaltung weit entfernt ist, das heißt, es muss alles finanziell unterstützt werden. Daher sollten auch die privaten Vereine bei Durchführung ihrer Ferienprogramme finanziell entsprechend unterstützt werden, um eine kostengünstige und sinnvolle Ferienbetreuung im Sinne der Familien anbieten zu können.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich möchte ins gleiche Horn blasen wie die Kollegin von der ÖVP-Fraktion. Es geht darum, dass wir bei uns in der Stadt eine hervorragende Infrastruktur für die Jugend- oder Kinderbetreuung in den Ferien haben und ich denke, dass das eine ganz tolle Geschichte ist. Wenn wir uns das Ferialprogramm der Stadt Wels ansehen, dann möchte ich der Fachabteilung und der Referentin herzlich dafür danken. In Wirklichkeit geht es nämlich genau darum, dass wir in der Ferialzeit die Familien unterstützen müssen, weil oft Lücken in der Kinderbetreuung auftreten. Dieses Programm ist dazu geeignet, die Kinder in der Kreativität, in der Sportlichkeit und im Zusammenleben zu fördern. Hier befinden wir uns durchaus auf einer Ebene.

StR. Huber: Wenn im Amtsbericht bei der Gebärungsübersicht auf dem Teilabschnitt 2595 für das Rechnungsjahr 2010 ein Abgang von € 12.367,21 dargestellt wurde, dann möchte ich darauf hinweisen, dass sich dort nicht nur die Ferialaktion befindet, sondern es fallen darunter sämtliche sozialpädagogische Sommerprojekte der Stadt Wels. Betrachtet man die Ferialaktion, um die es hier geht, stellt man fest, dass eine Kostenneutralität gegeben ist.

Was nun den Familienbund oder andere Einrichtungen betrifft, so müssen wir uns die Förderungssache ansehen. Ich bekomme immer von der Frau Abgeordneten Schulz die Abrechnungen und ich muss sagen, dass es unserer Meinung nach zu keiner Überdeckung kommen darf. Und so waren wir immer der Meinung, dass mit den gewährten Förderungsmitteln das Auslangen gefunden werden konnte. Falls dies aber nicht so ist, bitte ich um die Übermittlung neuer Unterlagen. Ansonsten danke ich für die Wortmeldungen und ersuche um Beschlussfassung.

Die Abstimmungen zu Punkt 6. der Tagesordnung bringen folgende Ergebnisse:

Der Hauptantrag (Anlage 5) wird

einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag (Anlage 6) von StR. Huber wird ebenfalls

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Andreas Rabl

7.)

Öffentliche Beleuchtung;
Durchführung der LED-Offensive;
Abschluss eines Vertrages mit der Elektrizitätswerk Wels AG
BauD-BauH-21-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Bau- und Wohnungsausschuss am 28.04.2011:

Der Abschluss des als Anlage 7 beigefügten Vertrages samt Beilagen für die LED-Offensive zwischen der Stadt Wels und der Elektrizitätswerk Wels AG wird genehmigt.

GR. Mag. Humer: Ich glaube, das ist heute wirklich ein sehr wichtiger Mosaikstein, wenn es um das Thema Energiesparen und Energieeffizienz geht. Ich möchte mich daher bei dieser Gelegenheit gar nicht so sehr im Detail der LED-Offensive zuwenden, sondern mich ganz allgemein dem Thema Energiesparen.

Wir von Seite der Stadt Wels haben schon sehr bald damit begonnen, uns dieser Sache zuzuwenden, wobei ich jetzt nicht auf das vorige Jahrhundert zurückgreifen möchte, sondern auf das Jahr 2000, in welchem das Energiesparkonzept der Stadt Wels in die Umsetzung gelangte. Ich glaube, das war ein sehr wichtiger Schritt bzw. haben wir damit eigentlich sehr bald die Weichen in die richtige Richtung gestellt. Und aufbauend auf dieses 1. Energiesparkonzept, das sich eigentlich mehr an das Haus Magistrat wandte, gab es im Jahr 2008 das Konzept „EnergieStadt Wels“, wobei in der Zwischenzeit schon viele daraus hervorgegangene Maßnahmen umgesetzt wurden. Ich will mich hier gar nicht in allen Details damit befassen, aber es hat beispielsweise in baulicher Hinsicht Geschichten wie den Bau des Alten- und Pflegeheimes in der Vogelweide auf dem Niveau des Passivhausstandards gegeben. Die Volksschule in der Mauth und der Kindergarten in der Robert-Koch-Straße weisen ebenfalls ein sehr hohes Niveau auf diesem Sektor auf. Und es wurde auf der neuen Messehalle eine Photovoltaikanlage im Ausmaß von 3.600 Quadratmetern installiert und ich nehme an, dass ich vom Kollegen Ströher richtig dahingehend informiert wurde, dass es sich hierbei um die größte zusammenhängende Fläche in Europa handelt.

Ein weiterer Mosaikstein, auf den wir besonders stolz sind, ist Folgender. Bis vor drei Jahren ist die Abwärme aus der thermischen Verbrennung relativ ungenützt in die Traun hineingeflossen, das heißt, besonders während der Winterzeit war deutlich spürbar, dass es in diesem Bereich der Traun für die Fische ein wärmeres Wasser gab. Wir wollten aber diese Abwärme eigentlich schon länger nutzen und es kam schließlich zur Einleitung in das städtische Fernwärmenetz. Wie gesagt, auch das ist meiner Meinung nach ein Meilenstein im Bereich des Energiesparens und des effizienten Einsatzes von Energie.

Dazu kommen dann noch die im Jahr 2009 beschlossenen neuen Förderrichtlinien für die Setzung entsprechender Maßnahmen. Ich selbst bin in gewisser Weise ein Nutznießer dieser neuen Förderrichtlinien. Wenn sich Private dafür entscheiden, erneuerbare Energieträger einzusetzen, sei es im Bereich der Solarenergie, der Biomasse oder auch der Wasser-/Luftwärmepumpen – ich will jetzt gar nicht in der Weise differenzieren, was davon das Gescheiterte ist, obwohl ich mich als Wasserrechtler vielleicht eher dem Wasser zuwenden würde – so bekommen sie dafür Fördergelder, was eben viele dazu bewogen hat, etwas zu machen. Die letzte Zahl gibt Auskunft dahingehend, dass wir jetzt schon auf den Dächern unserer Häuser 30.000 Quadratmeter an Solar Kollektorfläche haben. Und an dieser Stelle muss ich mich selbst etwas loben. 8 Quadratmeter davon werden sie am Objekt Arnikastraße 15 vorfinden und wenn sie wissen wollen, wer dort wohnt, kann ich ihnen sagen, dass ich selbst dort zu Hause bin. Und warum habe ich das gemacht? Ich verhehle nicht, dass man sich so etwas durchrechnet und ich gebe zu, dass ich das aufgrund dieser sehr guten Förderung seitens der Stadt Wels machte. Vielleicht hätte ich mir ohne diese Förderung die Sache nochmals überlegt, weil dann hätte wahrscheinlich die Amortisationszeit schon in eine Zeit hineingereicht, in der ich schon in Pension bin.

Also, ich denke, diese Förderungsrichtlinien stellen einen weiteren wichtigen Mosaikstein dar, der das Ganze noch abrundet.

Insgesamt denke ich mir, dass wir gut unterwegs sind und auf diesem Weg sollten wir aktiv fortschreiten. Und in diesem Sinn darf ich persönlich, aber auch namens der SPÖ-Fraktion sagen, dass es natürlich eine Zustimmung unsererseits zu dieser LED-Offensive gibt. Sie führt letztlich zu finanziellen Einsparungen und es ist für die Umwelt eine erfreuliche Schonung verbunden, indem, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, 389 Tonnen an CO₂ pro Jahr eingespart werden. Das ist nicht unbedingt die Welt, das heißt, wir werden nicht unbedingt das Welt-Klima retten, aber vielleicht das Wels-Klima.

Bgm. Dr. Koits: Nachdem mir keine Wortmeldung mehr vorliegt, stelle ich die Frage, ob nicht noch jemand ein paar Quadratmeter Photovoltaikfläche auf seinem Haus installierte. Es scheint so, als hätten das schon alle gemacht, aber es will niemand mehr darüber reden. Somit kommen wir schon zum Schlusswort des Kollegen Rabl.

StR. Dr. Rabl: Ich bedanke mich natürlich bei Bernhard Humer, der, wie wir hörten, schon einen wesentlichen Beitrag zur Rettung des Wels-Klimas leistete. Andererseits glaube ich, dass die Beiträge der Stadt Wels ebenso durchaus beachtlich sind und so freue ich mich auch in diesem Fall auf ihre Zustimmung.

Bgm. Dr. Koits: Ich darf die Ausführungen des Herrn Referenten doch noch dahingehend ergänzen, dass wir in Wels bei diesem Thema eine Vorreiterrolle innehaben. Es geht hier bei dieser LED-Offensive nicht nur um ganz Österreich, sondern sogar darüber hinaus. Es gibt keine Stadt oder Gemeinde, welche in dieser Form bzw. in dieser Qualität eine Umstellung des Beleuchtungssystems im öffentlichen Raum bereits durchgeführt hätte. Das kann man nicht oft genug betonen und wiederholen. Ich hoffe, dass das auch medial einen entsprechenden Niederschlag findet.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

8.)

Tiergarten der Stadt Wels;
Errichtung eines Hauses für Affen;
Grundsatzbeschluss
SB-TGH-32-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Bau- und Wohnungsausschuss am 28.04.2011:

Die Errichtung eines Hauses für Affen im Welser Tiergarten mit voraussichtlichen Kosten von 250.000 Euro zzgl. USt. – Kostengenauigkeit +/- 10 % – wird grundsätzlich genehmigt.

GR. Zaunmüller: Wir erleben heute in Zusammenhang mit gewissen Zwischenbemerkungen eine sehr humorvolle Vorsitzführung durch den Herrn Bürgermeister. Ich darf ihm dafür ein großes Kompliment aussprechen. Ob das mit seinem zuletzt gefeierten 70. Geburtstag zusammenhängt, weiß ich nicht. Auf alle Fälle möchte ich aber die Gelegenheit nutzen, Herr Bürgermeister, um ihnen heute nachträglich noch einmal alles Gute zu wünschen.

Und wenn ich schon bei humorvollen Aussagen sind, dann freut mich das und ich sage auch etwas in dieser Richtung, nämlich: Schluss mit dem Affentheater!

Es gibt aber auch eine ganz klare Ansage seitens der Welser Volkspartei. Wir bekennen uns sehr klar bzw. eindeutig zum Welser Tierpark. Das war eine Naherholungsstätte für viele Generationen. Vielleicht waren manche von ihnen als Kinder, als Eltern oder auch schon als Großeltern im Tierpark; das ist jedenfalls eine tolle Geschichte. Das soll so bleiben! An solchen kommunalen Einrichtungen kann man immer arbeiten und man kann immer die Qualität verbessern. Daher haben wir von der Volkspartei uns mit einer grundsätzlichen Überlegung auseinandergesetzt. Es ist jene, ob der Welser Tiergarten ein Provinztierpark werden soll, ein Streichelzoo oder soll dieser ein Tierpark der Kategorie A bleiben? Kategorie A bedeutet das Betreiben von Forschung und sie bedeutet, dass es Primaten gibt. Unsere klare Antwort ist jene, dass es beim Tiergarten der Kategorie A bleiben soll. Und dafür muss man entsprechende Investitionen tätigen.

Besonders erfreulich ist und es ergeht dafür ein herzlicher Dank an die Experten, die sich damit auseinandersetzten, nämlich was den Raumbedarf, die Kubatur, die Ausstattung bzw. überhaupt das Tierschutzgesetz betrifft, dass man jetzt mit etwas weniger Mitteleinsatz, also schon um 300.000 Euro das Setzen gewisser Maßnahmen erreichen kann. Die seinerzeit hierfür kolportierten 800.000 Euro waren aus unserer Sicht in wirtschaftlich sehr angespannten Zeiten, in denen wir zur Zeit leben, den Welserinnen und Welsern wahrscheinlich nicht darstellbar und daher auch nicht zumutbar.

Ein offenes Wort zum Schluss, um allfällige Missverständnisse aufzuklären oder aus dem Weg zu räumen, weil ich das in der medialen Berichterstattung ebenfalls vorgefunden habe: Der Welser Tierpark soll, darf und wird keine Konkurrenz zu Schmiding sein. Er wird es schon deswegen nicht werden, weil hier sowohl die Kapazität als auch die Qualität ganz unterschiedlich verteilt ist. Der Welser Tierpark darf aber eines sein, nämlich eine Ergänzung.

Wir werden daher diesem Antrag zustimmen.

StR. Dr. Rabl: Ich danke für die Wortmeldung und darf sagen, dass für mich von Anfang an der Sinn in dieser Angelegenheit darin gelegen war, einen breiten Konsens zu erzielen. Für mich war es wichtig, auch alle anderen Parteien davon zu überzeugen, dass die Tötigung dieser Investition notwendig ist und dass es notwendig erscheint, diese in dieser Höhe zu tätigen. Und ich kann sagen, dass wir sehr wohl einen breiten Konsens erzielen konnten. Mitverantwortlich dafür war sicher die Vorgangsweise, zu einem „Tierparkgipfel“ einzuladen und einmal prinzipiell festzulegen, wo denn der Tierpark vom Standard her liegen soll und den vorhandenen Masterplan eventuell zu überarbeiten. Das alles ist gelungen und so danke ich allen für die Zusammenarbeit.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

Bgm. Dr. Koits: Bevor jetzt der Herr Referent mit seiner Berichterstattung beginnt, darf ich ihnen schon einmal mitteilen, dass sich zum Tagesordnungspunkt 12. Frau Gemeinderätin Bauer für befangen erklärte. Ich bitte darum, dies im Protokoll bei der Abstimmung zu berücksichtigen.

Anschließend übergibt der Bürgermeister den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

9.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 126) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 94) BZ-BauR-5004-2011, miterledigt:
BZ-BauR-3519-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 05.05.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 8 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (126. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (94. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

10.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 137) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 104)
BZ-BauR-5001-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 05.05.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 9 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (137. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (104. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

11.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 139) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 106)
BZ-BauR-5002-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 05.05.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 10 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (139. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (106. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

12.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 140) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 107)
BZ-BauR-5003-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 05.05.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 11 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (140. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (107. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

GR. Bauer ist bei Behandlung von und Abstimmung über Punkt 12. der Tagesordnung wegen Befangenheit nicht im Sitzungssaal anwesend.

13.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 141) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 108)
BZ-BauR-5005-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 05.05.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 12 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (141. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (108. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

14.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 405/1.5 (Stadtteil: Neustadt)
BZ-BauR-3715-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 05.05.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 13 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 405/1.5 (Stadtteil: Neustadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

15.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 623/C.2 (Stadtteil: Schafwiesen)
BZ-BauR-3704-2006

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 08.09.2009, der Gemeinderat möge die als Anlage 14 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 623/C.2 (Stadtteil: Schafwiesen) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Verlegung der Herzchirurgie aus dem Klinikum Wels-Grieskirchen nach Linz (Resolution an den Lenkungsausschuss zur Spitalsreform II):

StR. Huber: Wie sie bereits dem Dringlichkeitsantrag und dem Abänderungsantrag entnehmen konnten, hat der politische Lenkungsausschuss zur Spitalsreform II massive Einschnitte in der Gesundheitsversorgung für unsere Region beschlossen. Erlauben sie mir als Gesundheitsreferentin dazu noch einige Worte.

Die mittelfristige Verlagerung der Herzchirurgie nach Linz ist für mich und die SPÖ-Fraktion nicht nachvollziehbar. Gerade das Welser Klinikum führt in Österreich die meisten Herzoperationen durch. Eigentlich bedürfte es nicht der Wiederholung, dass Primarius Dr. Hartl mit seiner 23-jährigen Erfahrung und 16.000 Operationen am offenen Herzen wirklich über eine sehr hohe Kompetenz in diesem Bereich verfügt. Die Herzchirurgie in Wels genießt nicht nur einen sehr guten Ruf über die Grenzen Österreichs hinaus, sondern weist mit unter 2 Prozent auch die niedrigste Letalitätsrate auf. Das ist der niedrigste Wert in ganz Österreich.

Außerdem stellt sich für mich die Frage der finanziellen Sinnhaftigkeit einer solchen Maßnahme. Kommt nämlich diese Abteilung von Wels weg, muss in Linz enorm investiert werden. Da frage ich mich ganz einfach, was das für einen Sinn machen soll.

Wir reden hier aber nicht nur von einer Qualitätseinbuße in der Versorgung Oberösterreichs. Es geht hier nämlich nicht nur um die Weiterentwicklung der interventionellen Kardiologie, die nun einmal in enger Kooperation mit der Herzchirurgie steht, sondern auch um die ambulante kardiologische Rehabilitation. Hier ist derzeit der Patient rundum bestens versorgt. Nicht nur medizinische Vorteile sind gefragt, sondern auch Vorteile für die Patientinnen und Patienten in dieser Region.

Aber nicht nur die Herzchirurgie ist für Wels aus verschiedenen Gründen sehr wichtig und ich darf an dieser Stelle den Abänderungsantrag mit einbeziehen. Auch Leistungen der Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie sollen verlagert werden, die plastische Chirurgie und ebenso die Wirbelsäulenoperationen. Ich darf mir die Feststellung erlauben, dass die Wirbelsäulenchirurgie unter Oberarzt Dr. Hiertz in Österreich wirklich einzigartig ist. Sie übt ein Behandlungsspektrum aus, das es sonst nirgends gibt. Schon jetzt haben wir auf der Wirbelsäulenchirurgie eine Wartezeit von einem Jahr und ich stelle die Frage in den Raum, wie das im Zuge einer Verlagerung werden soll.

Nahezu alle medizinischen Fächer sind von Kürzungen betroffen und damit wird der jahrelange konsequente Aufbau medizinischer Spitzenleistungen in Wels in Frage gestellt. Für mich werden darüber hinaus die ganzen Investitionen in den verschiedensten Bereichen ad absurdum geführt. Ich spreche hier ganz bewusst von einem Kahlschlag. Für mich ist es eigentlich unfassbar und die Spitze des Eisbergs – unfassbar – dass es zwar einen Abänderungsvorschlag des Klinikums Wels-Grieskirchen gibt, der sogar um 40.000 Euro mehr an Einsparungen gebracht hätte als das betragsmäßig vorgegebene Einsparungsziel, dieser Vorschlag aber einfach vom Tisch gefegt wurde.

Wie hat nun dieser Abänderungs- oder Gegenvorschlag ausgesehen? Statt einer Verlagerung der Herzchirurgie bot das Klinikum eine Reduzierung der Betten von 50 auf 30 an. Bei der plastischen Chirurgie hätte man einer Verlagerung zum Teil schon zuge-

stimmt, nämlich bis auf Operationen zur Wiederherstellung nach schweren Unfällen; das wäre sehr wohl notwendig gewesen. Bei der Mund- und Kieferchirurgie schlug das Klinikum die Umwandlung in einen Fachschwerpunkt mit maximal 8 Betten vor. Außerdem sollten chirurgische Behandlungen in Grieskirchen in Tages- und Wochenchirurgie abgewickelt werden. Damit hätte man sich auf Sicht die Intensivstation in Grieskirchen eingespart. Und die Zusammenlegung von Labor I und II sowie Radiologie I, II und III hätte man sowieso durchgeführt. Das sind nur einige wesentliche Punkte aus dem Gegenvorschlag.

Also, mir fehlt wirklich die fachliche Begründung für das, was hier passieren soll. Oder geht es vielleicht nur um einen Justamentstandpunkt? Wieder einmal werden Versprechen gebrochen! Da geht es beispielsweise um das Versprechen, das medizinische Leistungsangebot in der Region zu erhalten und dass Spitzenmedizin weiter gesichert wird, dass kein Arbeitsplatz gefährdet ist. Mir kann aber bei einer Reduzierung von Betten keiner weismachen, dass nicht auch weniger Personal benötigt wird. Dabei ist ja noch festzuhalten, dass das Personal von Ordensspitälern nicht einfach für andere Bereiche übernommen wird, das heißt, es erfolgen Kündigungen und das arbeitslose Personal muss eben darauf warten, vielleicht von einem anderen Spital neu eingestellt zu werden. Und unter welchen Konditionen – Vordienstzeiten etc. – werden dann die Leute übernommen bzw. neu angestellt?

Das Klinikum Wels-Grieskirchen hat sich in den vergangenen Jahren einen hervorragenden Ruf in der medizinischen Versorgung geschaffen. Mir und der SPÖ-Fraktion ist aber trotzdem klar, dass es immer wieder Reformen geben muss und das Klinikum legte sehr wohl einen Alternativvorschlag bei der Kommission vor. Es braucht eine Kostendämpfung, aber einfach die Versorgungsqualität in der Region zu gefährden, das kann es wohl nicht sein. Wir lassen uns diese Vorgangsweise sicher nicht gefallen. Und ich möchte mich bei allen Unterstützern der Protestaktion bedanken. So danke ich Herrn Altbürgermeister Kommerzialrat Karl Bregartner dafür, dass er die Schirmherrschaft übernommen hat. Und ich danke allen, die Unterschriftenlisten auflegen oder vielleicht schon unterschrieben haben. Es ist ganz einfach notwendig, den Protest kundzutun, denn so, wie das abläuft oder werden soll, kann es ja wirklich nicht sein.

Eine klare Aussage seitens der SPÖ-Fraktion: Wir fordern den Lenkungsausschuss auf, nochmals über alternative Einsparungsmöglichkeiten nachzudenken und Dinge wie Beschlüsse über die Verlegung der Herzchirurgie und über andere Einrichtungen, wie sie im Abänderungsantrag stehen, zurückzunehmen. Es gibt ja sehr wohl einen Alternativvorschlag. Normalerweise muss es heißen, dass soundso viel einzusparen ist, man aber auch über Vorschläge des Klinikums zur Erreichung des Ziels reden kann. Aber einfach zu sagen, dass das und das gestrichen wird und es darüber nichts mehr zu reden gibt, das lassen wir uns nicht gefallen!

StR. Kroiß: Auch die Welser Freiheitlichen werden diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen, weil auch wir die Verlegung der genannten Abteilungen, speziell der Herzchirurgie, ablehnen. Die Welser Herzchirurgie zählt österreichweit zu den qualitativ besten Herzchirurgiestationen und zusätzlich traurig wäre ja – darauf hat die Kollegin Huber schon hingewiesen – dass eine Verlegung nach Linz keine signifikanten Kostenersparnisse brächte. Nur bekäme man eben in der Landeshauptstadt eine Abteilung, die einen hervorragenden Ruf weit über die Grenzen Oberösterreichs und sogar Österreichs hinaus genießt. Das Ganze ginge auf Kosten der Welser Bevölkerung und natürlich auf Kosten der umliegenden Regionen.

Dass gespart werden muss, ist hinlänglich bekannt und es hat das die Kollegin Huber ebenfalls schon eingeräumt. Wir bekennen uns alle dazu, denn der Spargedanke geht ja durch alle Parteien. Wir wehren uns ja nicht gegen einen gesunden Spargedanken, aber es ist uns unbegreiflich, dass die Alternativvorschläge aus dem Klinikum Wels-Grieskirchen überhaupt nicht berücksichtigt wurden. Wenn man bedenkt, dass durch die Verlegung der Herzchirurgie im Endeffekt nur ein Arzt eingespart würde, kann man sich ja ausrechnen, was man sich durch diese Maßnahme tatsächlich erspart. Man fragt sich, welche finanzielle Sinnhaftigkeit hinter dieser Aktion steckt. Diese Gegenvorschläge kamen von kompetenter Stelle. Sie kamen von den Leitenden, aber auch von den verschiedensten Ärzten, die eine qualitativ hochwertige Arbeit liefern.

Und wenn man liest, dass gerade Wels die prozentuell niedrigste Sterberate im Bereich der Herzchirurgie hat, dass Wels die niedrigste Aufenthaltsdauer auf der Intensivstation hat und dass es in Wels die niedrigste Komplikationsrate gibt, dann fragt man sich, noch dazu wenn man finanziell damit nichts gewinnt, warum man diese Abteilungen nach Linz verlegen will. Deshalb sprechen uns auch wir mit Nachdruck gegen die Verlegung dieser Abteilungen aus und wir unterstützen ebenfalls diese Bürgerinitiative bzw. diese Unterschriftenaktion.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wir GRÜNEN unterstützen grundsätzlich die Einsparungsmaßnahmen im Spitalsbereich. Das nicht nur, weil es uns angelegen sein muss, finanziell Abstriche zu machen, damit für den Rest des Gesundheitswesens auch noch etwas übrig bleibt, denn die Kosten im klinischen Bereich steigen tatsächlich exorbitant. Andererseits sind wir GRÜNEN natürlich auch für eine gute Versorgung hier am Standort Wels. Insbesondere erfüllt es uns mit großem Befremden, dass jetzt die Herzchirurgie, die sich weit über die Grenzen Oberösterreichs einen Namen machte und die entsprechende Erfahrungen sammeln konnte, nach Linz verlagert werden soll. Darin sehen wir kein Ziel.

Wir werden daher diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen, nicht aber dem Abänderungsantrag, der bestimmte Abteilungen auflistet, die ebenso unbedingt für Wels erhalten bleiben sollten. Wir maßen uns nämlich nicht an, Gesundheitsexperten zu sein und sagen zu können, was überhaupt eingespart werden kann und was nicht. Wir möchten also unsere Zustimmungen ausdrücklich als solche für den Erhalt der Herzchirurgie in Wels verstanden wissen.

GR. LAbg. Dr. Csar: Wir von der ÖVP unterstützen ebenfalls Reformvorschläge, damit auch in Zukunft Geld für Investitionen zur Verfügung steht. Das ist sinnvoll und darum geht es insgesamt.

Wir wissen unser Krankenhaus Wels sehr zu schätzen und wir wissen, dass wir mit dem Welser Krankenhaus ein sehr großes Kompetenzzentrum haben. Wir würden, falls notwendig, mit großem Vertrauen in das Welser Krankenhaus gehen, denn wir wissen, dass wir dort gut versorgt bzw. betreut werden.

Seit einiger Zeit setzt sich die Expertengruppe mit Reformvorschlägen auseinander und es sehen diese Vorschläge ein Maßnahmenpaket im gesamten Spitalsbereich vor. Diese Reformvorschläge betreffen auch Wels. Diese Experten haben sich ihre Arbeit sicher nicht leicht gemacht. Sie haben sich vielmehr mit den Fakten auseinandergesetzt und dementsprechend ihre Vorschläge unterbreitet.

Wir wissen aber auch, dass über diese Vorschläge in weiterer Folge mit den Betreibern des Krankenhauses Wels diskutiert wurde und Alternativen mitüberlegt bzw. mitberücksichtigt wurden. Der politische Lenkungsausschuss prüfte die Alternativvorschläge und es kam die Feststellung, dass unter anderem in den Fächern Unfallchirurgie, plastische Chirurgie, Dermatologie, Labor, Pathologie, Radiologie, Nuklearmedizin und Anästhesie der von der Krankenhausleitung Wels-Grieskirchen selbst eingebrachte Alternativvorschlag berücksichtigt wird. Auch die Umwandlung der Abteilung Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie in einen Fachschwerpunkt beruht auf einem Vorschlag der Krankenhausleitung des Klinikums Wels-Grieskirchen. Aussagen dahingehend, es seien die Alternativvorschläge im Großen und Ganzen abgelehnt worden, sind daher für Herrn Mag. Bayer vom Lenkungsausschuss nicht nachvollziehbar.

Interessant ist weiters, dass der Expertenvorschlag, die planbaren neurochirurgischen Leistungen an der neurochirurgischen Spezialklinik Wagner Jauregg zu konzentrieren, im Vorschlag des Klinikums Wels-Grieskirchen unwidersprochen blieb.

Die Herzchirurgie soll nach Linz kommen. Das ist sicher ein Wermutstropfen, aber die Experten haben sich damit auseinandergesetzt und dies vorgeschlagen. Es gibt ja auch eine Aussage des Vorsitzenden der „Kardiologischen Gesellschaft“, Herrn Universitätsprofessor Dr. Pachinger, der bestätigt, dass eine mittelfristige Konzentration in Linz Sinn macht, weil auch die internationalen Trends dahin gehen, dass hoch spezialisierte Abteilungen, wie es unter anderen die Herzchirurgie ist, die besten Chancen einer spitzemedizinischen Entwicklung haben, wenn die Fachkompetenz entsprechend gebündelt wird. Experten bescheinigen also, dass hier eine Bündelung der Fachkompetenz in Linz erfolgen soll.

Nun ist es natürlich sehr schwierig, dass wir, die wir als Mitglieder des Gemeinderates hier sitzen, plötzlich die Fachkompetenz der Experten maßregeln und sozusagen gescheitert sind, indem wir meinen, dass das, was die Experten sagen, beispielsweise Herr Dr. Pachinger, nicht stimmt. Ich meine, wir haben diesbezüglich doch zu wenig Kompetenz in fachlicher Hinsicht und es ist nicht gut, die Experten zu „overrulen“ und einfach zu sagen: Das glauben wir euch nicht!

Ganz interessant ist auch die Aussage unseres Herrn Landes-Rechnungshofdirektors Dr. Helmut Brückner, der sagt: „Wie mit den Expertenvorschlägen umgegangen wird, hat die Politik zu entscheiden. Ausreden, nicht umzusetzen, was Kosteneinsparungen bringt, gibt es keine. Alle wesentlichen Vorschläge des Landes-Rechnungshofes zur Spitalsreform wurden von der Expertenkommission aufgegriffen.“

Nun, wir in Wels würden vielleicht eine andere Entscheidung begrüßen, aber wir wissen sehr wohl ganz genau, dass durch die Verlagerung der Herzchirurgie von Wels nach Linz keine Beeinträchtigung der Gesundheitsqualität hier in Wels erfolgt. Wenn eine Akutversorgung notwendig ist, dann wird diese nach wie vor durch die Spezialisten im Krankenhaus Wels erfolgen. Wir brauchen also keine Angst davor haben, dass jemand nicht versorgt wird, dass keine Akutversorgung durchgeführt wird oder jemand keine Unterstützung bei einer gesundheitlich notwendigen Behandlung erfährt. Ganz im Gegenteil! Die Spezialisten im Krankenhaus Wels werden das weiterhin machen. Der herzchirurgische Eingriff ist allerdings ein planbarer Eingriff und dieser planbare Eingriff kann natürlich dementsprechend voraussehend eingeplant werden. Das ist wichtig zu wissen, damit keine Angstszenerien geschürt werden. Es darf deswegen nicht heißen, dass es keine gute Versorgung mehr gibt und dass es aufgrund dieser massiven Ver-

schlechterung hier in Wels Gesundheitsbeeinträchtigungen gibt. Das stimmt so nicht und dem muss man widersprechen.

Zu widersprechen ist aber auch, wenn es von der FPÖ immer heißt, „Mut zu Reformen“ – ein Herr Haimbuchner behauptet das auch immer wieder – wenn es dann aber wirklich um die Umsetzung von Reformen geht, dann wird dieser Mut immer kleiner und kleiner und es gibt so ein Wischiwaschi-Ausweichen in der Richtung, dass man sich eine bestimmte Sache nochmals überlegen sollte, sofern man sich nicht überhaupt dagegen ausspricht. Das können wir nicht mittragen.

Wir sind der Meinung, dass dann, wenn sich Experten damit auseinandergesetzt haben, wir den Experten sehr wohl glauben sollten. Wir sollten also nicht hier vom grünen Tisch weg eine Entscheidung treffen und die Expertenmeinung einfach ignorieren.

GR. Markus Wiesinger zur Geschäftsordnung: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Dringlichkeitsantrag gemeinsam dem Ausschuss für Gesundheit und dem Präsidialausschuss zuzuführen, wobei dann zur Beratung der Vorsitzende der Expertenkommission, Herr Mag. Wolfgang Bayer und der Vorsitzende der Kardiologischen Gesellschaft, Herr Univ.-Prof. Dr. Otmar Pachinger, eingeladen werden sollen, um uns eben gewisse Sachen näher erörtern zu können.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Markus Wiesinger wird bei

8 Ja-Stimmen (ÖVP-Fraktion)
gegen 26 Nein-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)
abgelehnt.

GR. Reindl-Schwaighofer: Wir diskutieren hier über die medizinische Versorgung der Bevölkerung von Wels und der Region und es ist das eine Diskussion, die aufgrund gewisser Wortmeldungen so eine Art Färbung bekam. Wenn jetzt Herr Dr. Csar sozusagen als Zeugen Herrn Universitätsprofessor Pachinger aufruft, dann meine ich, dass es wirklich geschickt gewesen wäre, das ganze Zitat zu bringen. Der letzte Satz lautet nämlich: „Eine mittelfristige Schließung des Standortes Wels wäre daher eine Qualitätseinbuße in der oberösterreichischen Versorgung auf diesem Gebiet.“ Somit denke ich, dass eine gemeinsame Sitzung der beiden Ausschüsse unter Beteiligung der von Markus Wiesinger genannten beiden Herren wahrscheinlich zu einem Fiasko geworden wäre, weil es nie jene Aussagen gegeben hätte, wie sie von ihnen wahrscheinlich erwartet worden wären.

Zwischenruf: Das musst du mir aber zeigen!

GR. Reindl-Schwaighofer: Es geht also um die Versorgung der Bevölkerung in Wels und es geht darum, dass für Menschen die Lebensqualität auch mit den gegebenen Rahmenbedingungen zusammenhängt, beispielsweise damit, wie ein Krankenhaus funktioniert. Und es wurde heute schon mehrmals darauf hingewiesen, dass das Welser Krankenhaus für die Welser Bevölkerung, für die Bevölkerung im Umfeld von Wels, aber sogar über diverse Grenzen hinaus – vor allem im Bereich der Herzchirurgie – ein ganz tolles Angebot hat, ganz tolle Leistungen erbringt. So ist das meiner Ansicht nach

ein Anschlag auf die Gesundheitsversorgung der Region. Deshalb möchte ich mich bei Herrn Altbürgermeister Bregartner dafür bedanken, dass er sich dazu bereit erklärte, an der Spitze eines Komitees dagegen aufzutreten, Unterschriften zu sammeln, weil es ganz einfach notwendig erscheint, dass wir uns dagegen wehren.

Wenn Herr Dr. Csar zuerst ausführte, dass es ja ohnehin einen Lenkungsausschuss gibt etc., dann muss man halt wissen, dass die Mitglieder des Lenkungsausschusses immer wieder nur zitzerweise über neue Vorhaben informiert wurden und dann erschien es eben angebracht, immer gleich alles abzunicken, weil das sonst als Verrat an der Reform ausgelegt werden hätte können.

Wenn sie sagen, dass wir Reformen als wichtig betrachten sollten – dazu wurde auch Herr Landesrat Haimbuchner zitiert – dann macht das für mich deutlich, warum die Bevölkerung mit dem Wort „Reform“ aus dem Mund eines ÖVP-Politikers immer Schwierigkeiten hat. Wir wissen alle, was beispielweise die Reformen im Bereich des Sicherheitsapparates bedeuteten. Dort wurden Zusammenlegungen immer als Reformen verkauft, aber in Wirklichkeit gab es einen Kahlschlag im Bereich der Justiz oder des Sicherheitsapparates.

Ich rufe sie auf, dass wir gemeinsam diesen Dringlichkeitsantrag beschließen. Es geht um die Versorgung der Welser Bevölkerung und jener darüber hinaus. Und ich denke, wir müssen hier mit einer Stimme sprechen, um erfolgreich zu sein.

StR. Dr. Rabl: Ich glaube, man sollte sich bei dieser Debatte nicht zu sehr auf Expertenebene begeben. Es gibt nämlich zahlreiche Experten mit noch zahlreicheren Meinungen und was im Endeffekt stimmt, das ist ohnehin schwer auszumachen. Ein Satz bringt es aber auf den Punkt: Es geht nämlich um die Bündelung von Kompetenzen. Und das ist genau das Thema, das uns beschäftigt, weil ich und andere es nicht verstehen, wenn man dann, wenn es in Wels Kernkompetenzen, funktionierende Einheiten mit hoch qualifizierten Mitarbeitern und einer Topausstattung gibt, alles in eine andere Stadt, nach Linz verlagert, wo es ja de facto ohnehin alles gibt außer dem Welios. Das ist es, was für mich nicht nachvollziehbar ist. Man könnte ja beispielsweise einen Kompromiss derart schließen, dass man die Herzchirurgie in Wels belässt und dafür die Wirbelsäulenchirurgie zum Wagner-Jauregg-Krankenhaus nach Linz verlagert wird. Wenn man aber Kernkompetenzen wegnimmt – nicht eine, sondern alle – die das Welser Krankenhaus zu einem Schwerpunktkrankenhaus machten, dann wird wahrscheinlich das Problem auftreten, dass das Schwerpunktkrankenhaus Wels in ein paar Jahren zu einem Provinzkrankenhaus wird. Und das halte ich für das Kernproblem, über das wir diskutieren sollten.

Das ist eben der Grund dafür, dass wir uns dazu entschlossen haben, diesen Dringlichkeitsantrag, die Beschlussfassung dieser Resolution zu unterstützen, weil wir eben der Meinung sind, dass der oben beschriebene Weg der falsche ist. Und dieser Weg ist auch in Hinblick auf die Fristen der falsche. Sieht man sich die Fristigkeit an – es ist von 2017 die Rede – dann stellt sich doch die Frage, was in diesem Fall hoch ausgebildete und kompetente Leute machen. Die warten nicht bis 2017, bis die Abteilung aufgelöst wird. Vielmehr wird sich jeder sagen: Aha, da gibt es jetzt mit 2017 einen Beschluss und deshalb schaue ich, dass ich mit meiner Kompetenz, die ich mir erarbeitete, bei nächster Gelegenheit abwandern kann. Das wiederum hat die Konsequenz, dass über kurz oder lang die ursprünglich vorhandene Kompetenz – diese ist ja nicht etwa deshalb vorhanden, weil es in Wels tolle Operationssäle gibt, das heißt, diese

stellen nur die Mittel zum Zweck dar – sondern sie ist deshalb vorhanden, weil wir hier das Humankapital haben und dieses beinhaltet eben diese hohe Kompetenz. Über kurz oder lang wird jedoch dieses Humankapital nicht mehr vorhanden sein, weil es keine entsprechende Entwicklungsmöglichkeit mehr gibt. Ich verstehe jeden Oberarzt, der sich wissenschaftlich habilitiert, der in der Welt herumfährt, um eventuell auf Kongressen Vorträge zu halten und aufgrund der künftig gegebenen Lage zu sich selbst sagt: Na ja, das Primariat wird es dann in Wels nicht mehr geben und somit muss ich schauen, dass ich mich woandershin orientieren kann. Ich kann das nachvollziehen und wahrscheinlich würde ich das ebenfalls machen.

Das Ganze stellt also nicht bloß eine Frage in der Richtung dar, wie etwas passieren wird, sondern es geht auch um das Wann. Somit glaube ich, dass der vom Lenkungsausschuss gesetzte Schritt durchaus noch einmal überdacht werden sollte. Man sollte nochmals darüber nachdenken, ob es nicht andere Möglichkeiten gäbe, diese Einsparungsschritte zu setzen bzw. Einsparungen zu erreichen.

StR. Lehner: Ich glaube, es ist schon wichtig, dass wir sachlich bleiben. Wenn hier beispielsweise argumentiert wird, dass wir zu einem Provinzkrankenhaus degradiert werden, dann bitte ich darum, einmal das Gelände des Krankenhauses Wels anzuschauen und zu sehen, was hier in den letzten Jahren passiert ist, wie toll sich das Krankenhaus entwickelte, welche tolle medizinische Leistungen hier angeboten werden und in welcher Qualität das geschieht. Es ist aber auch wichtig – heute bekamen wir ja den Rechnungsabschluss der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2010 mit den Vergleichszahlen präsentiert – welche Entwicklung unser Krankenanstaltenbeitrag genommen hat. Im Jahr 2009 leistete die Stadt Wels € 12,6 Mio. und im Jahr 2010 € 13,7 Mio. Blickt man etwas länger zurück, so gab es von 2001 auf 2010 eine Steigerung von € 6,25 Mio. auf € 13,7 Mio. oder von 84 Prozent. Das sind also Zahlen, ganz knallhart auch auf Wels bezogen. Wenn es uns landesweit nicht gelingt, bei den Spitälern und sonst im Gesundheitssystem zu reformieren, dann werden wir uns diese Spitzenmedizin in Summe nicht mehr leisten können. Darum ist es wichtig, eine Reform voranzutreiben.

Die Leistungen von Herrn Primar Hartl sind herausragend. 16.000 Operationen in den letzten Jahren, das allein zeigt, dass es nicht allein um die Versorgung von Wels geht, nicht allein um die Versorgung der Bewohner aus der Region, sondern dass es hier um eine national anerkannte Spitzenmedizin geht. Und hier ist es klar, dass diese Medizin auch aufgrund von Fallzahlen – solche machen heute die Medizin in vielen Bereichen sicher – gebündelt werden muss. Für uns als ÖVP ist es genauso traurig, dass diese Bündelung nicht in Wels passiert, aber diesbezüglich hat es schon viele politische Verhandlungen gegeben.

Darum gibt es unsererseits ein Bekenntnis dazu, dass bei Klarheit darüber, dass wir Reformen brauchen, auch klar ist, dass diese Reformen schmerzhaft sind. Andererseits hat dieses Krankenhaus immer wieder Kreativität bei der Erbringung hochqualitativer Leistungen an den Tag gelegt und damit einen steten Ausbau erreicht. Und das wird in Zusammenhang mit dieser Spitalsreform bestimmt dazu führen, dass im Krankenhaus Wels andere Angebote auf das Niveau von Spitzenleistungen herangeführt werden. Davon bin ich im Vertrauen auf die in Wels erbrachte Qualität überzeugt. Und die ambulante REHA – Silvia Huber hat diese angeführt – im Bereich der Kardiologie, die ja von der PVA bezahlt wird, zeigt, dass es hier Möglichkeiten gibt. Auch die pulmonologische REHA wird hierher kommen. Das heißt somit, dass es im medizinischen

Bereich sehr viele Felder gibt, die auch in Zukunft weiterentwickelt werden müssen und vom Welser Krankenhaus sicherlich perfekt weiterentwickelt werden.

Ich mache mir keine Sorgen, dass es zu einer Freisetzung von Mitarbeitern kommen würde oder dass es zu einer Verprovinzialisierung käme. Ganz im Gegenteil bin ich überzeugt, dass aufgrund der immer älter werdenden Bevölkerung das Krankenhaus Wels auch künftig sehr viele Aufgaben bekommen und diese hervorragend lösen wird.

Wir sind aber klar der Meinung, dass es Reformen braucht und deshalb stehen wir zu diesen Reformen. Deshalb werden wir dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen.

Bgm. Dr. Koits: Nur ein paar Bemerkungen von meiner Seite zu dieser Thematik, mit der nicht nur ich mich, sondern etliche andere sich ebenfalls schon einige Zeit auseinandersetzen.

Wenn man so die verschiedenen Wortmeldungen hört, gewinnt man da und dort den Eindruck, als würde sich jemand gegen notwendige Reformen sträuben. Das ist jedoch schlichtweg nicht der Fall. Weder die Fraktionen hier im Gemeinderat vertreten diese Ansicht und schon gar nicht die Vertreter des Klinikums Wels-Grieskirchen. Wenn es noch eines Beweises für die Reformwilligkeit bedarf, möchte ich darauf hinweisen, dass bereits durch die Zusammenführung der Krankenhäuser in Wels und Grieskirchen ein ganz wesentlicher Beitrag für eine Spitalsreform, die leider keine Gesundheitsreform ist, geleistet wurde. Und es wurden auch jetzt gewisse Einsparungsbeträge, wie sie von Silvia Huber zitiert worden sind, in das vom Klinikum ausgearbeitete Alternativprogramm einbezogen. Hätte man sich mit diesen Alternativvorschlägen tatsächlich intensiv auseinandergesetzt, so denke ich mir, dass man dahintergekommen wäre, dass diese Vorschläge tatsächlich Sinn machen. Es macht aber alles keinen Sinn, wenn ich hoch qualifizierte Abteilungen in ein anderes Klinikum verlagere und andere Maßnahmen, die durchaus sinnvoll erscheinen, nicht berücksichtige.

Im Übrigen möchte ich nur darauf hinweisen, dass die Kreuzschwestern zur Verringerung des Abgangs beim Klinikum Wels-Grieskirchen im Jahr etwa 1 Mio. Euro beitragen. Und das ist meines Erachtens schon sehr, sehr erwähnenswert.

Vielleicht gelingt es durch diese Debatte doch noch, mit dem Land Oberösterreich als Ganzes noch einmal in Diskussion zu kommen, bei welcher wir als Stadt unsere Argumente vorbringen können, bei der aber auch das Klinikum Wels-Grieskirchen seine Argumente nochmals darstellen und untermauern kann. Zwischenzeitlich gibt es ja weitere Vorschläge des Klinikums Wels-Grieskirchen, die man sich meiner Ansicht nach ganz einfach ansehen muss. Man muss so viel Zeit aufbringen, um all die Vorschläge, die es aus den einzelnen Regionen gibt, zu bearbeiten bzw. eventuell einzubeziehen.

Bei der ÖVP tut es mir leid, dass sie ihrer Zustimmung im Stadtsenat untreu wird. Im Stadtsenat stimmte sie nämlich zu, dass wir uns in Wels unbedingt für eine Nichtverlegung der Herzchirurgie nach Linz aussprechen müssten. Heute stimmt sie aber mit solch einer Vehemenz gegen den vorgelegten Dringlichkeitsantrag, durch den genau das behandelt oder beschlossen werden soll, was wir schon im Stadtsenat vereinbarten. Ich weiß jetzt nicht genau, wo ich mich in Bezug auf die ÖVP-Fraktion einpendeln soll.

Ansonsten kann jeder sicher sein, dass sowohl unser Finanzreferent als auch ich als Bürgermeister alle Chancen wahrnehmen, um die Transferzahlungen, zu welchen auch der Krankenanstaltenbeitrag zählt, wenigstens auf dem bisherigen Niveau einpendeln oder zumindest nicht in dem Maße ansteigen zu lassen, wie das in den letzten Jahren der Fall war. Darin sind wir ja eh alle einer Meinung. Es gehen aber die Wege dort auseinander, wo es darum geht, das Schwerpunktkrankenhaus Wels-Grieskirchen nicht in seiner qualitätsmäßigen Leistung so zu positionieren, wie wir das nicht gewöhnt sind, nämlich in einer Verminderung der Leistung. Das ist das Thema, das uns wirklich sehr weh tut, aber nicht nur uns in der Politik, sondern auch der Bevölkerung, die ganz genau mithört bzw. die Diskussion ganz genau mitverfolgt. Wer die Diskussion mitverfolgt, wird überall hören – das hat nichts mit einer Schmälerung der Leistungen zu tun, die von den anderen Abteilungen erbracht werden – dass als Herzstück die Herzchirurgie mit der Kardiologie, die ja zu einer Einheit verwachsen sind, unbedingt zusammen in Wels erhalten bleiben sollen. Immerhin ist ja weltweit medizinisch untermauert, dass man diese Fächer nicht von einem ausgezeichneten Standort trennen und woanders hinverlagern sollte. Dies noch dazu, als zumindest aus meiner Sicht für solch eine Trennung in Wels überhaupt keine Veranlassung besteht.

Herzlichen Dank!

GR. LAbg. Dr. Csar: Wir schätzen sehr wohl die Arbeit, die im Welser Krankenhaus geleistet wird und wir haben das schon zum Ausdruck gebracht. Wir wissen, dass wir dort bei Bedarf sehr gut betreut sind.

Wie schon gesagt, sind wir aber keine Experten und könne diese nicht einfach „overrulen“. Wir im Gemeinderat sind nicht einfach deshalb die besseren Experten, nur weil wir im Gemeinderat sitzen. Nur, wenn wir schon eine nähere Diskussion haben wollen, dann wäre es gut gewesen, hätte die SPÖ-Fraktion unserem Antrag auf Zuweisung gst. Antrages an den gemeinsamen Ausschuss und fachlicher Beteiligung durch die beiden genannten Experten zugestimmt.

Was ich unbedingt sagen möchte, ist Folgendes. Die SPÖ kann nicht so tun, als hätte sie von den ganzen Expertenvorschlägen nichts gewusst und dass sie überhaupt nicht eingebunden war. Die SPÖ Oberösterreich hat nämlich die Expertin Dr. Michaela Moritz entsandt, die mitarbeitete, selbst viele Vorschläge einbrachte und letztlich dem Reformpapier zustimmte. Sie hat also dem Gesamt-Reform-Papier zugestimmt, worin die Verlagerung der Herzchirurgie von Wels nach Linz vorgesehen ist. Das wollte ich zur Klarstellung noch sagen, weil es meines Erachtens wichtig ist, hier offen über die Fakten zu sprechen.

GR. Schönberger: Eines verwundert mich bei der Debatte schon. Ich habe bisher stets angenommen, dass wir als Gemeinderat in erster Linie der Welser Bevölkerung verantwortlich sind, aber das vermisse ich jetzt bei der ÖVP doch sehr. Ich möchte gern wissen, wie sie das jetzt den Leuten draußen in der Stadt und auch in den Welser Umlandgemeinden erklären. Wenn die nächste Wahl angeht, sagen sie: Herzchirurgie kein Problem! Die gehören alle hinunter nach Linz!

Ich meine also, dass wir da herinnen in erster Linie der Welser Bevölkerung verantwortlich sind und es gilt meines Erachtens als Auftrag und als Wählerwille, dass wir uns für sie stark machen.

GR. Haböck: Ich danke, Herr Kollege, denn sie haben mir jetzt das Stichwort geliefert. Eigentlich wollte ich ja dazu nichts sagen, weil ich es nicht zu einem Streit ausarten lassen wollte. Ich wollte nämlich schon auf den Kollegen Reindl-Schwaighofer reagieren, aber sie haben es jetzt ganz deutlich ausgesprochen, was anscheinend manche meinen: Wie will man das bei der nächsten Wahl erklären? Das allerdings ist genau die Sicht der Dinge, wie sich die Politik in Österreich abspielt. Da wird nur in Wahlen gedacht, nur in Ideologien. Es wird nicht daran gedacht, die Wahrheit zu sagen. Vielmehr wird in Angstbildern argumentiert. Wenn man sich beispielsweise die Übertragung von dieser Gemeinderatssitzung ansieht, muss man fast der Meinung sein, schon morgen werde das Welser Krankenhaus geschlossen und übermorgen sterben dann die Welserinnen und Welser, weil keine gesundheitliche Versorgung mehr möglich ist. Das ist nicht so!

Somit appelliere ich an meine Kolleginnen und Kollegen von den anderen Fraktionen, bei der Wahrheit zu bleiben und nicht aus rein wahltaktischen Gründen, obwohl ja die nächste Wahl noch einige Jahre entfernt ist, Unwahrheiten auf der Straße zu verbreiten.

Und wenn man so Reinhört, muss ich sagen, dass meines Erachtens die jeweiligen Fraktionen für alle Bürgerinnen und Bürger sprechen können. Diese werden sich zur Reform und zu den geplanten Verlegungen schon ihr eigenes Bild machen. Ich glaube somit, dass wir nicht für alle sprechen können, sondern vielmehr unserem Gewissen verantwortlich sein sollten. Und wir sollten sehr wohl zu Reformen stehen. Der Kollege Csar sagte es ja zuvor: Reformen sind immer schön, aber wenn es darum geht, diese tatsächlich umzusetzen, will auf einmal keiner dabei sein. Das Ganze unter dem Motto: Reformen ja, aber nicht bei mir, sondern beim Nachbarn! So kann es doch nicht immer laufen! Jeder spricht immer von der Notwendigkeit der Reformen in diversen Bereichen, geht es aber um die Umsetzung, verlässt einem der Mut, weil vielleicht in drei Jahren eine Wahl stattfindet.

Ich möchte nochmals festhalten, dass es nicht um das Abziehen einer ambulanten Versorgung oder einer Akutversorgung geht. Natürlich wird immer die Frage aufgeworfen, was denn eigentlich sei, wenn man vielleicht einen Herzinfarkt erleidet. Bestimmt sind einige Menschen beunruhigt, weil es die Politik nicht schafft, sachlich zu argumentieren. Vielmehr wird mit Unwahrheiten hausieren gegangen und in einfacher bzw. plakativer Form wird die Sache so dargestellt, dass die gesundheitliche Versorgung weg sei, wenn es zu irgendeiner Verlegung komme. Aber genau diese Unwahrheit und dieser Populismus sind es, die jede Reform im Keim ersticken.

An dieser Stelle muss ich wieder auf den Kollegen Reindl-Schwaighofer verweisen und sagen, dass die Leute keine Angst vor Reformen haben. Vielmehr macht die Politik jede Reform schlecht. Sie ergeht sich in Unwahrheiten und erklärt alles in einer Weise, dass sich am Ende sowieso keiner mehr auskennt. Was nützt denn solch ein Expertengremium, wenn sich die Politik erst wieder aufschwingt und sagt: Okay, die Expertenkommission hat zwar lang getagt, bis sie zu einem Ergebnis kam, aber es schadet doch nicht, wieder an den Beginn zurückzukehren. Da stellen wir sieben Zusatzanträge, mit denen wir erst wieder alles auflösen. Aber bitte, vielleicht geht es noch weitere drei Jahre so dahin, bis wir erneut nach einer Reform rufen. Das ist halt die österreichische Politik! Da wird nie reformiert, da wird nie zu einer Entscheidung gestanden. Vielmehr wird immer dahingewurstelt und es wird eben versucht, sich mit Unwahrheiten irgendwie durchzuwursteln. Und bis eventuell doch eine Reform kommt, können wir vielleicht

sagen, dass wir nicht mehr daran schuld sind, weil wir gar nicht mehr in bestimmten Bereichen tätig sind.

Ich appelliere deshalb daran, zu Reformen zu stehen. Auch wenn es sich eventuell um harte Einschnitte handelt, wie sie wahrscheinlich jede Reform mit sich bringt. Wir sollten demnach schauen, ob es mit bestimmten Maßnahmen einen langfristigen Nutzen gibt und wir sollten sehr wohl danach trachten, diesen Nutzen zu heben.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz am Bgm. Dr. Koits.

Vzbgm. Wimmer: Ich weiß, warum sich jetzt der Kollege Haböck so aufregt und sich in Begriffe wie „Lüge“ oder „Unwahrheit“ versteigt. Ich muss sagen, dass das ein Niveau ist, auf das ich mich sicher nicht begeben werde.

Ich möchte grundsätzlich feststellen, dass ich weder aus einer Wortmeldung meiner Fraktion noch aus einer Wortmeldung seitens der FPÖ-Fraktion heraushörte, dass Reformen abgelehnt würden. Es haben sich vielmehr beide Fraktionen – auch der Bürgermeister hat das ziemlich deutlich zum Ausdruck gebracht – auf die Reformvorschläge des Klinikums Wels-Grieskirchen berufen, auf nicht mehr, aber auch nicht weniger. Unsere Intention ist also jene, die Vorschläge des Klinikums zu unterstützen. Wo sie also die Auffassung herhaben, wir seien gegen Reformen, das ist mir absolut schleierhaft.

Und wenn sie meinen, Herr Kollege Wiesinger, ihr Geschäftsordnungsantrag und die Zuweisung dieser Angelegenheit an einen Ausschuss wäre sinnvoll gewesen, dann bitte ich sie darum, sich den Dringlichkeitsantrag nochmals durchzulesen, den ich ja auch ihrer Fraktion zur Verfügung stellte. Darin heißt es doch ganz genau, dass Gespräche geführt werden sollten. Es sollten demnach Gespräche mit dem Klinikum Wels-Grieskirchen geführt werden und mit der Stadt Wels. Wir maßen uns ja ebenfalls nicht an, Experten für Herz- oder Wirbelsäulenerkrankungen zu sein oder für plastische Chirurgie – vielleicht meinen das andere, aber für meinen Teil schließe ich das jedenfalls aus – nur möchten wir Gespräche über den Standort Wels führen und über den Stellenwert des Klinikums Wels-Grieskirchen. Und wir möchten auch irgendwo die Stimmung der Bevölkerung einbringen. Natürlich geht es nicht um die ganze Bevölkerung, aber immerhin haben schon viele Tausende diese Aktion mit ihrer Unterschrift unterstützt, die sie ganz einfach vom Tisch wischen und absolut ignorieren. Wir werden das natürlich weitertransportieren. Diese Unterschriften sind uns schon etwas wert und wir glauben, dass diese Menschen ein Recht darauf haben, gehört zu werden. Diese Personen, die einerseits ihre Unterschrift leisten und andererseits jene, die sich darum bemühen, Unterschriften zu bekommen, beispielsweise Herr Bürgermeister Karl Bregartner an der Spitze eines überparteilichen Personenkomitees, verdienen es sich ganz einfach, dass diese Gespräche geführt werden. Ich meine aber auch, dass Gespräche dieser Art erst dann sinnvoll geführt werden können, wenn es dazu eine klare Meinung des Welser Gemeinderates gibt. Hingegen glaube ich nicht, dass es sinnvoll ist, die Verlagerung auf irgendwelche Ausschüsse zu beschließen, ohne überhaupt ein gesichertes Meinungsbild zu haben.

Eines muss ich schon noch festhalten. Es scheint so, als wäre die Welser ÖVP dem Herrn Landeshauptmann und ÖVP-Landesparteiobmann im Wort, aber vor etwa 14 Tagen war das im Welser Stadtsenat noch nicht so wie hier in öffentlicher Gemeinderatssitzung. Im Stadtsenat wurde nämlich einstimmig beschlossen, also auch mit den

Stimmen ihrer Fraktion, an das Land zu appellieren, die Herzchirurgie nicht nach Linz zu verlagern. Was jetzt innerhalb von 14 Tagen solch einen Meinungswandel herbeiführte, maße ich mir nicht an zu beurteilen. Sie müssen ihre Haltung gegenüber der Geschäftsführung des Klinikums vertreten und sie müssen ihre Haltung gegenüber jenen Menschen vertreten, welche in Zukunft die ärztliche Hilfe in Wels ungeschmälert in Anspruch nehmen wollen.

Sie können noch so oft eine mir unbekannte, aber von der SPÖ in den Lenkungsausschuss entsandte Expertin nennen, die der SPÖ angehört oder auch nicht, die dort zugestimmt hat, nur – das muss ich ihnen offen sagen – interessiert mich das herzlich wenig, wenn es um die Interessen der Welser Bevölkerung geht. Die SPÖ-Fraktion kann ihre Haltung glaubwürdig vertreten und ich darf ihnen dazu nur zwei Beispiele aus der Vergangenheit nennen, bei welchen auf Landesebene eine andere Position vertreten wurde als hier seitens der Welser SPÖ-Fraktion. Das bekannteste Beispiel ist wohl die Westspange. Hier haben zwei SPÖ-Naturschutzreferenten über Jahre hinweg versucht, dieses Projekt zu verhindern, während die SPÖ-Fraktion in Wels ganz vehement dafür eingetreten ist, dass dieses wichtige Bauvorhaben umgesetzt wird. Die Landespartei war jedenfalls nicht immer glücklich mit unserer lokalen Haltung. Und bezüglich des Kraftwerkes Marchtrenk nahm die Landes-SPÖ eine andere Position ein als wir von der Welser SPÖ. Wir haben auch hier die lokalen Interessen vertreten. Für uns im Vordergrund steht die Bevölkerung der Stadt Wels und es sind das viele Menschen, die in Wels Hilfe suchen. Für uns stehen also nicht irgendwelche übergeordneten Parteiinteressen – worauf diese auch immer basieren mögen – im Vordergrund.

Nachdem sie, Herr Kollege Lehner, die Finanzen angesprochen haben, erlaube ich mir, darauf auch noch kurz einzugehen. Ich meine, dass eine Verquickung der Themen „Gesundheit“ und „Finanzen“ eine sehr gewagte Angelegenheit darstellt. Für uns steht die Gesundheit bei dieser Frage im Mittelpunkt, nicht so unbedingt die Frage der Finanzen, wenngleich auch die Finanzen etwas Wichtiges darstellen.

Und nachdem ich hier sowohl Fraktionsvorsitzender der Welser SPÖ bin als auch Finanzreferent der Stadt Wels, kann ich ihnen sagen, dass ich noch keine Informationen darüber erhalten habe, wie sich diese sogenannte Spitalsreform auf unsere städtischen Finanzen auswirken wird. Ich darf ihnen diesbezüglich etwas von einem Gespräch nicht offizieller Art mit dem Herrn Landeshauptmann sagen, den ich außerhalb der gegenständlichen Frage sehr schätze. Wenn wir uns also bei diversen Veranstaltungen treffen und sowohl für ihn als auch für mich jeweils gewisse Finanzthemen von bestimmtem Interesse sind – für ihn als Finanzreferent des Landes und für mich als Finanzreferent der Stadt Wels – dann geht es nun einmal um diese Fragen. Und so habe ich ihn gefragt, um wie viel Millionen wir künftig weniger an Krankenanstaltenbeitrag zahlen werden, wenn diese Spitalsreform umgesetzt worden ist. Darauf sagte er zu mir, dass von Millionen überhaupt keine Rede sein kann. Er selbst sei schon sehr froh, wenn es damit zusammenhängend gelingt, den jährlichen Steigerungsfaktor etwas einzudämmen. Die Einsparung – wenn ich das nur monetär sehe – liegt also nur im Promillbereich unseres Budgetvolumens. Und dieser Promillbereich ist es mir eben nicht wert, den finanziellen Aspekt so in den Vordergrund zu stellen, wie das der Kollege Lehner getan hat.

Hier geht es also in erster Linie um die Gesundheit der Menschen, um die gesicherte Versorgung der Menschen und um den Erhalt des Status unseres Krankenhauses, das

sich weit über die Region hinausgehend Verdienste erworben hat bzw. weit darüber hinaus bekannt ist.

An die Adresse unseres Herrn Wirtschaftsreferenten gerichtet, darf ich noch Folgendes festhalten. Wenn wir von Betriebsansiedelungen sprechen, wissen alle, die sich schon damit beschäftigten, dass ansiedlungswillige Firmen die Frage nach diversen Einrichtungen stellen. Sie fragen, wie es beispielsweise in der Stadt mit dem Kulturangebot steht, mit der Infrastruktur, mit dem Bildungsangebot. Aber auch das Gesundheitsangebot stellt einen ganz wichtigen Faktor bei Betriebsansiedelungen dar. Und da wäre es gegenüber solchen Betrieben sicher nicht angenehm, von einer Einschränkung sprechen zu müssen, weil immerhin einige Abteilungen nach Linz übersiedeln, wobei ich allerdings nicht der Meinung bin, dass es deswegen mit dem Welser Krankenhaus völlig bergab geht – ganz im Gegenteil, wird dort sicher auch in Zukunft eine hervorragende Leistung erbracht – aber es dreht sich doch um eine wichtige Abteilung bzw. um andere wichtige Abteilungen, die allesamt von Wels nach Linz verlagert werden sollen. Also, auch aus dieser Sicht könnte man sagen, dass diese Vorgangsweise nicht unbedingt eine zu begrüßende ist.

Deshalb werden wir als SPÖ-Fraktion sowohl den Dringlichkeitsantrag selbst als auch den Abänderungsantrag unterstützen, wobei ich mich bei der Freiheitlichen Fraktion dafür bedanken darf, dass dieser Abänderungsantrag gemeinsam mit uns formuliert wurde.

Ich bin nicht der Experte, der sagen kann, dass das Welser Klinikum ohne das Fach „plastische Chirurgie“ nicht überleben kann, aber ich möchte doch haben, dass die Stadt Wels gemeinsam mit dem Klinikum über diese Absichten zu Gesprächen eingeladen wird. Um diese Gespräche geht es, aber sie werden deswegen keinen einzigen Satz in diesem Antrag finden, der den Schluss zulässt, wir würden uns als Gesundheitsexperten fühlen, als Überärzte oder sonst etwas. Es geht uns darum, Gespräche darüber zu führen, ob es Möglichkeiten gibt, gewisse Einsparungsziele auch dann zu erreichen, wenn die Herzchirurgie nicht nach Linz verlagert wird. Das ist unser Ziel und darum ersuche ich sie nochmals, unsere Anträge zu unterstützen.

Vzbgm. Eisenrauch: Ich muss jetzt schon meine Fraktion in Schutz nehmen und die Aufgeregtheit unseres Kollegen Haböck in der Weise erklären, dass andererseits der Kollege von der SPÖ-Fraktion auf künftige Wahlen hingewiesen hat.

Zwischenruf GR. Schönberger: Die Verantwortlichkeit!

Vzbgm. Eisenrauch: Ja, genau, um die Verantwortlichkeit geht es hier!

Und die vielen Unterschriften, die gesammelt werden oder wurden und die sie hier ins Gespräch bringen, wurden oft mit einer gewissen Panikmache lukriert.

Die Aktion des Herrn Bürgermeister Bregartner in Ehren, aber ich habe auch schon erlebt, dass gesagt wurde: Wenn die Herzchirurgie weg ist, wird es künftig so sein, dass alle nach Linz müssen. Das stimmt aber so bei weitem nicht, denn es soll ja nur jener Teil wegkommen, der Operationen am offenen Herzen betrifft und die Kardiologie bleibt jedenfalls in Wels. Diese Bereiche darf man überhaupt nicht vermischen. So wie das vermittelt wird, kommt eine gewisse Panik auf, weil die Leute noch zusätzlich etwa vor einem Herzinfarkt Angst bekommen, nachdem sie meinen, schon gestorben zu sein,

ehe sie nach Linz ins Krankenhaus kommen würden. Das ist aber blanker Unsinn. Wenn ich draußen den Leuten so etwas vormache, dann geraten diese natürlich in Panik. Und wenn dann noch einer sagt, dass es passieren kann, dass wegen einer Operation bis nach Tschechien gefahren werden muss, dann steigt auch bei mir der Blutdruck.

Ich denke, es wäre insgesamt doch gut gewesen, hätten wir uns in einem Ausschuss über diverse Dinge unterhalten. Das ist eben nicht möglich und so müssen sie andererseits hinnehmen, dass wir dem Dringlichkeitsantrag nicht zustimmen.

Die Abstimmungen bringen folgende Ergebnisse:

Der Abänderungsantrag (Anlage 2) zum Dringlichkeitsantrag wird mit

23 Ja-Stimmen (SPÖ- und FPÖ-Fraktion)
gegen 11 Nein-Stimmen (ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) wird mit

26 Ja-Stimmen (SPÖ, FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 8 Nein-Stimmen (ÖVP-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke und stelle fest, dass nunmehr die Tagesordnung erschöpft ist.

Wir kommen jetzt noch zur Bürgerfragestunde, zu deren Abwicklung ich den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer übergeben darf, nachdem auch Fragen an mich gerichtet wurden.

Nach Abwicklung der Bürgerfragestunde in der Zeit von 16.50 bis 17.02 Uhr stellt Vzbgm. Wimmer noch fest, dass gegen die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung kein Einwand erhoben wurde – diese daher genehmigt sei – und mit Dank für die Mitarbeit diese Sitzung geschlossen ist.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: